



Presseschau vom 19.05.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

Dan-news.info: „Seit 21:00 Uhr beschießen die ukrainischen Streitkräfte **Spartak**. Es wurden mehr als 30 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm und Mörsergranaten der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. Nach deren Angaben geht der Beschuss der Ortschaft weiter. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo und Kalinowka**. Es wurde mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss und dessen Folgen

„Seit dem Morgen wird der Bezirk heftig beschossen, der Beschuss hält an. **Kominternowo, Leninskoje, Dershinskoje, Saitschenko** haben keinen Strom“, teilte der Leiter des Nowoasowskij-Bezirks der DVR Anatolij Janowskij mit.

Nach Angaben des staatlichen Unternehmens „Post des Donbass“ ist das Zentrum für soziale Hilfe und administrative Dienstleistungen, das am **Kontroll- und Passierpunkt „Oktjabrj“** liegt (Dienstleistungen für die Einwohner des von der Ukraine kontrollierten Teils der Donezker Oblast), aufgrund des heftigen Beschusses geschlossen.

„Um 22:30 Uhr erlitt eine junge Frau, geb. 1991, die in **Kominternowo** lebt, in der Pobeda-Straße 30, Splitterverletzungen“, teilte der Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

Nach seinen Worten hat sie die notwendige Behandlung erhalten, ihr Zustand ist stabil.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 36-mal das Regime der Feueinstellung verletzt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

11 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Die Einheiten Kiews haben Artillerie, Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

„Durch den Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gab es folgende Schäden: ein Haus in **Trudowskije, Petrowskij-Bezirk von Donezk**, ein Haus in **Jasinowataja**, ein weiteres Haus in **Sajzewo am Rand von Gorlowka**, acht Häuser in **Kominternowo** im Süden der DVR“, teilte das operative Kommando mit.

„Die ukrainischen Truppen haben heute ab 5:00 Uhr einen massiven Artilleriebeschuss des Bergwerks Butowskaja des staatlichen Unternehmens „Makejewugol“ in **Makejewka** begonnen. Sie schießen zielgerichtet, es gibt Zerstörungen“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Direkte Treffer ukrainischer Geschosse gibt es auf das Dach des Verwaltungsgebäudes des Bergwerks, im Gebäude des Lüftungsschachts ist das Fensterglas zerstört, es wurden Detonation an Produktionsorten des Unternehmens festgestellt. Zum Zeitpunkt des Beschusses befanden sich drei Mitarbeiter im Unternehmen, die sich in den Schutzraum begaben.

Nach Angaben des Ministeriums hielt der Beschuss um 9:00 Uhr noch an.

de.sputniknews.com: Medien als Klatschbasen: Witz über „Trump-Kreml- Verbindungen“ dient als Beweis

Aus seiner Aussage über Trumps Arbeit für Russland haben manche Medien einen Skandal entwickelt und dabei verheimlicht, dass es ein Witz war, sagte der Chef der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, im Gespräch mit „New York Times“.

Laut dem Bericht hatte die Zeitung „The Washington Post“ zuvor die Abschrift einer Audiodatei mit einem Gespräch veröffentlicht, das bei einer Konferenz der republikanischen Parteiführung im Jahr 2016 stattgefunden hatte. McCarthy sagte damals, dass der damalige US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump Geld von Moskau hätte erhalten können.

Laut dem Gesprächsprotokoll brach nach dieser Bemerkung Gelächter aus. McCarthy fügte dabei hinzu: „Ich schwöre bei Gott.“ Dann forderte Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, alle Gesprächspartner auf, das Gespräch geheim zu halten. „Keine Lecks, okay?“, so Ryan, was erneut für Gelächter sorgte.

Die Audioaufnahme des Gesprächs hat „Washington Post“ nicht veröffentlicht. Die Zeitung bezeichnete die Worte von McCarthy als „politisch explosive Behauptung“, die in einem privaten Gespräch auf dem Kapitol gefallen war.

„Dies ist ein gescheiterter Versuch, einen Witz zu machen. Das war es. Niemand glaubt, dass es wahr ist“, so McCarthy im Gespräch mit „New York Times“.

Trotz der Dementierung seitens des US-Kongressmitgliedes wurde diese Meldung sofort von mehreren Medien in der Welt als Beweis für Trumps Russland-Verbindungen weitergeleitet.

„Es wurde aufgenommen, so deutete einer der republikanischen Führer an, dass Putin Trump bezahlte“, schrieb „The Guardian“.

„Die Aufnahme aus dem Jahr 2016 zeugt davon, dass der republikanische Führer im Repräsentantenhaus, Kevin McCarthy, gesagt hat: ‚Ich glaube, Putin bezahlt Trump‘“, meldete „The Independent“.

„Die ‚Washington Post‘ veröffentlichte eine Unterhaltung vom Juni 2016, in der die Parteispitze der Republikaner – also Trumps jetziges Lager – über seine Russland-Connection spricht und sich sogar darüber lustig macht!“, schrieb „Bild“: „Sollte diese Aussage stimmen,

hätte die gesamte Parteispitze der Republikaner von Trumps Russland-Connection gewusst – schon während des Wahlkampfes. Ein Skandal, der für die höchsten Kreise der US-Politik massive Auswirkungen haben könnte.“

In den USA wird das Thema der angeblichen Beziehungen Trumps zu Russland von den Medien regelmäßig ohne jegliche Beweise breitgetreten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31542/54/315425447.jpg>

Nachmittags:

Dan-news.info: „Energietechniker der Republik haben die Stromversorgung von Leninskoje, Kominternowo, Saitschenko und Dshershinskoje im Nowoasowskij-Bezirk der DVR wieder in Betrieb genommen, die heute Morgen durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen unterbrochen wurde“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Nach Information des Pressedienstes haben Reparaturbrigaden sofort nach Beendigung des Beschusses mit der Reparatur der Hochspannungsleitung begonnen, die durch das Feuer der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurde. Bereits um 11:30 Uhr hatten die örtlichen Einwohner wieder Strom.

Wir fügen hinzu, dass zurzeit wegen des morgendlichen Beschusses Krasnyj Partisan im Jasinowataja-Bezirk noch keinen Strom hat.

de.sputniknews.com: ARD übertrifft alle Medien bei Negativberichten über Trump – US-Forschungszentrum

Die ARD ist das Medium, das am negativsten über US-Präsidenten Donald Trump berichtet, teilte das US-Forschungszentrum an der Harvard-Universität mit. Ob, wer, wie oft und zu welchem Thema positiv über den US-Chef berichtet, folgt aus den Ergebnissen einer neuen Studie, die die Berichterstattung in Trumps ersten 100 Arbeitstagen analysiert hat.

Das Forschungszentrum an der Harvard-Universität in den USA (Harvard Kennedy School's Shorenstein Center on Media, Politics and Public Policy) hat am vergangenen Donnerstag auf seiner Internet-Seite die Ergebnisse einer neuen Studie veröffentlicht, in der die Berichterstattung über die ersten 100 Tage der Präsidentschaft von Donald Trump analysiert wurde.

...

Am schlimmsten sei die deutsche ARD. Mit ihrer mürrischen Laune hat sie laut den Ergebnissen der Studie ihre US-Kollegen übertroffen. 98 Prozent aller Berichte über den amerikanischen amtierenden Präsidenten waren bei dem deutschen Meinungsmacher negativ. Für die Studie nutzten die Wissenschaftler Berichte aus den Printausgaben von „The New

York Times“, „The Wall Street Journal“ und „The Washington Post“, TV-Beiträge der US-Hauptfernsehsender CBS, CNN, Fox News und NBC, sowie drei europäischer Nachrichtenmedien – der britischen „The Financial Times“ und BBC und der deutschen ARD.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30857/07/308570786.jpg>

de.sputniknews.com: Bundestag-Sitzung zu Russland: Das stand auf der Agenda:

Am Mittwoch hat der Auswärtige Ausschuss des Bundestages eine nichtöffentliche Sitzung zu den Beziehungen Deutschlands zu Russland abgehalten. Der außenpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE, Wolfgang Gehrcke, hat direkt nach der Sitzung im Sputnik-Interview gesprochen.

Sinn der Veranstaltung war es, den Ausschussmitgliedern Rechenschaft über den Besuch von Kanzlerin Angela Merkel beim russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi abzulegen. Laut Gehrcke sind viele deutsche Politiker an einem guten Verhältnis zu Moskau interessiert. „Die ganze Fraktion, die Linke ist daran interessiert. Ich glaube, auch viele Kollegen aus der SPD, auch Kollegen aus den Fraktionen der CDU, der Grünen. Die Frage ist, ob sie das öffentlich so dokumentieren, was sie sollten. Dass viele Fragen in Europa mit Sicherheit ohne Russland nicht positiv zu lösen sind, das ist auch sehr weit verbreitet“, so Gehrcke.

Aus diesem Grund gehe er davon aus, dass „es im deutschen Interesse ist, das Verhältnis zu Russland zu heben“. Und dies beeinflusse auch die Mitglieder des Bundestages, so der Politiker.

Eines der Themen auf der Agenda waren unter anderem die antirussischen Sanktionen. Vieles in dieser Frage hängt Gehrcke zufolge von Berlin ab.

„Ich habe heute auf meine Wahrnehmung aufmerksam gemacht, dass viele europäische Länder raus aus den Sanktionen wollen. Man kann gucken, was Frankreich jetzt macht. Griechenland, Portugal, Italien wollen raus. Aber alle sagen gleichzeitig: Entscheidend ist, was Deutschland in dieser Frage will. Und deswegen muss Deutschland springen und sagen: Wir wollen raus. Und dann werden auch die anderen in ihrer Russland-Politik die Sanktionen bei Seite schieben.“

Auch die angebliche Einmischung Russlands in die US-Wahl wurde während der Sitzung berührt.

„Jeder weiß, dass eine neue Politik der USA notwendig ist. Ich finde es absurd, dass in den USA diskutiert wird, ob die Wahl des US-Präsidenten eigentlich Russlands Verdienst ist. Das ist ein solcher Quatsch, aber es schafft Stimmungslage“, sagte der LINKE-Sprecher in diesem Zusammenhang.

Dan-news.info: „Heute hat eine Gruppe von Einwohnern der zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorien im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Donbass das Donezker Republikanische Kunstmuseum besucht. Unter ihnen waren unter anderem Einwohner von Mariupol, Krasnyj Liman, Artjomowsk, Slawjansk sowie aus dem Oblast Charkow“, berichtete der Pressedienst des Kulturministeriums der DVR.

Die Exkursion war kostenlos.

„Wir wurden sehr herzlich empfangen, der Leiter hat eine sehr interessante Exkursion durchgeführt. Sehr gut hat mir das Bild von Alexandr Nowoselow gefallen, das den Milizangehörigen und allen Einwohnern des Donbass gewidmet ist“, zitiert der Pressedienst einen Einwohner von Artjomowsk. „Von diesem Bild hatte ich gehört, ich habe auf Fotos im Internet gesehen, aber es ist natürlich ein ganz anderer Eindruck, wenn man es wirklich sieht und die Erzählung des Exkursionsleiters hört“.

de.sputniknews.com: Nato-Militärführung will im Nahen Osten eingreifen – Moskau besorgt
Die militärische Nato-Führung erwägt die Beteiligung der Allianz an der von den USA angeführten internationalen Koalition in Syrien und im Irak, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Diese Position brachte der Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, Petr Pavel, nach einer Sitzung dieses Gremiums auf der Ebene der Generalstabschefs in Brüssel zum Ausdruck. Der General kündigte an, dass dieses Thema auf der Tagesordnung des für den 25. Mai angesetzten Nato-Gipfeltreffens stehen werde.

Es ist vorerst unklar, ob auch die politische Führung der Nato-Länder ihren Militärs zustimmen wird. Es ist auch kaum vorhersagbar, in welcher Form die Beteiligung der Allianz am Kampf gegen den IS im Irak, in Syrien und anderen Ländern möglich wäre. „Alle Allianzmitglieder sind auch an der internationalen Anti-IS-Koalition beteiligt“, so General Pavel.

„Wir bilden auch die dortigen Kräfte aus, damit sie die mit dem Terrorismus verbundenen Probleme besser in den Griff bekommen.“ Bekanntlich beschäftigen sich Nato-Experten mit dem Training der irakischen Militärs, während Nato-Flugzeuge mit AWACS-Systemen die Situation am syrischen Himmel kontrollieren. Zudem wurde im Januar in Kuwait-Stadt ein regionales Nato-Zentrum eröffnet.

De facto besteht die internationale Koalition in Syrien und im Irak aus Amerikanern sowie aus dem kurdischen und arabischen Volksheer. Laut dem „Forbes“-Magazin halten sich insgesamt mehr als 58.000 US-Soldaten im Nahen Osten auf. Dabei will Washington seine Rüstungsausgaben weiter aufstocken. Der Beitrag der europäischen Nato-Mitglieder zur IS-Bekämpfung ist wesentlich geringer.

Auffallend ist jedoch, dass Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erst vor kurzem beteuert hatte, die Allianz würde sich unter keinen Umständen an der internationalen Koalition in Syrien bzw. im Irak beteiligen. Diese Auffassung zeigte mehrmals auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Die beiden erklärten wiederholt, die größten Gefahren für die Nato gingen nicht vom Nahen Osten, sondern von Osteuropa aus. Ausgerechnet aus diesem Grund baue das Bündnis seine Kräfte in dieser Region aus. Nach ihrem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 2. Mai in Sotschi unterstrich Merkel beispielsweise, die Nato bräuchte eine Doppelstrategie gegenüber Russland. Einerseits sollte man den Dialog mit Moskau aufrechterhalten, andererseits aber die eigene Bereitschaft zur Verteidigung des gesamten Territoriums der Allianz zeigen.

Bei dem Treffen in Sotschi gab die russische Seite Merkel zu verstehen, dass Moskau von der Nato eine intensivere Beteiligung am Kampf gegen den IS und andere terroristische Gruppierungen erwartet. Doch Merkel erklärte wenige Tage später, „die Annexion der Krim und der Konflikt in der Ostukraine“ hätten große Besorgnisse bei den baltischen Ländern und

Polen hervorgerufen, während die Situation in Moldawien einige Fragen in Rumänien und Bulgarien hervorrufe. Um diese Länder zu beruhigen, habe die Nato ihre Kräfte in die Ostsee-Region verlegt.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte ihrerseits, diese Pläne seien ein Fehler. Die Nato behaupte, ihr Ziel sei die Förderung der euroatlantischen Sicherheit, sie befasse sich aber nicht mit dieser Sicherheit, betonte sie. „Anstatt die Kräfte zu bündeln und dem IS und dem internationalen Terrorismus zu widerstehen, versucht man, uns zu spalten, indem diverse unwahre Geschichten über die Russen ausgedacht werden“, so Sacharowa.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31580/93/315809380.jpg>

de.sputniknews.com: Kiew befiehlt Konfiskation der Donbass-Kohle
Der Energieminister der Ukraine, Igor Nassalik, hat den Fiskus und die Zollbehörde gebeten, jene Kohle zu beschlagnahmen, die aus den von Kiew nicht kontrollierten Gebieten des Donbass rechtswidrig ins Land gebracht wird.

„Wir haben bereits einen kardinalen Schritt des Ministeriums gemacht und den Staatsfiskus sowie die für Energieträger zuständige Zollbehörde in einem Schreiben darum gebeten, die Kohle, die aus der Zone der von Kiew nicht kontrollierten Gebiete des Donbass kommt, zu konfiszieren“, sagte der Minister in der sogenannten Regierungssprechstunde im Parlament, der Werchowna Rada.

Seit dem 15. Februar gilt im Lande der Energienotstand. Die Ursache für derartige Maßnahmen war die von ukrainischen radikalen Kräften erklärte Blockade der Anthrazitkohle-Lieferungen aus dem Donbass.

Am 15. März hatte der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine eine vollständige Gütertransportblockade des Donbass beschlossen. Die Einschränkungen sollen solange gelten, bis die auf dem Territorium der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk befindlichen Betriebe unter die ukrainische Rechtshoheit zurückkehren...

Lug-info.com: Die LVR ist mit Insulin und Dialyse-Präparaten versorgt, auch für Notfälle. Dies teilte heute die stellvertretende Vorsitzende Ministerrats der LVR Natalja Tichonskaja mit.

„Die Frage ist unter Kontrolle, derzeit erhalten alle Patienten, die diese Präparate benötigen, sie auch. Daher hoffen wir, dass auch im Weiteren bei uns alles in Ordnung sein wird“.

„Wir halten diese Präparate unter strenger Kontrolle und bei einer Notfallsituation haben wir eine kleine Reserve, die unsere Bürger absichert“, sagte der Gesundheitsminister Igor Soljanik.

de.sputniknews.com: Papst bestellt ukrainischen Botschafter wegen „Kirchengesetzen“ ein. Der Papst hat den Botschafter der Ukraine im Vatikan wegen Kiewer Gesetzentwürfen einbestellt, die gegen die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats gerichtet sind. Dies teilte der Kleriker Nikolai Danilewitsch via Facebook mit.

Demnach ist der Vatikan wegen der möglichen Verabschiedung der Gesetze Nr. 4128 und 4511 besorgt, die sich gegen die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats richten.

„Der Botschafter der Ukraine im Vatikan wurde einbestellt. Der Vatikan teilt vollständig die Position, die zu diesem Thema zuvor von dem römisch-katholischen Bischof Stanislaw Shyrokoradjuk geäußert wurde“, so Danilewitsch.

Zuvor hatte Shyrokoradjuk, der in der Südukraine die römisch-katholische Kirche vertritt, diese Gesetzentwürfe kritisiert.

Am Donnerstag sollte die Oberste Rada (ukrainisches Parlament) zwei Dokumente über den Status religiöser Organisationen behandeln. Demnach dürfen religiöse Organisationen, deren Zentralen sich in einem als Aggressor bezeichneten Land befinden, Bischöfe oder Metropolen nur nach Abstimmung mit den ukrainischen Behörden ernennen.

Darüber hinaus dürften ukrainische Kirchengemeinden die Jurisdiktion der Religionsgemeinschaften ändern. Laut Medien bezeichnet die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats diese Gesetzentwürfe als repressiv und befürchtet, dass die Gesetze die Beschlagnahme von Kirchengebäuden legalisieren würden.

Das Parlament des Landes hat die Dokumente noch nicht behandelt. Zuvor hatte der Kreml alle Aktivitäten als unzulässig bezeichnet, die die Interessen der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine verletzen würden.

Laut dem Vorsitzenden der PR-Abteilung des Synods der Russisch-orthodoxen Kirche, Wladimir Legoida, haben Angehörige des nicht offiziell anerkannten Kiewer Patriarchats Medienberichten zufolge etwa 40 Gotteshäuser der zum Moskauer Patriarchat gehörenden ukrainisch-orthodoxen Kirche gewaltsam besetzt. Es handele sich um Kirchengebäude, die 2014, nach der Verschlechterung der Situation in der Ukraine, rechtswidrig in Besitz genommen worden seien.

Im Januar 2017 war ein Gotteshaus des Moskauer Patriarchats bei Odessa in Brand gesetzt worden. Im selben Monat wurden drei Kirchen in der Diözese von Bilgorod-Dnistrowski (bei Odessa) geplündert und ein Gotteshaus bei Riwne (Westukraine) angegriffen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30900/86/309008619.jpg>

[ukrinform.ua: Im Donbass drei ukrainische Soldaten verletzt](#)
[In den letzten 24 Stunden wurden im Gebiet der Antiterror-Operation \(ATO\) keine](#)

ukrainischen Soldaten getötet, teilte heute auf dem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für ATO, Oberst Andrij Lysenko, mit. „Binnen des letzten Tages ist durch Kämpfe im Gebiet der Antiterror-Operation kein ukrainischer Soldat getötet worden. Drei Soldaten wurden verletzt“, sagte Lysenko. Unter den Zivilisten gibt es Lysenko zufolge auch keine Toten oder Verletzten.

Armiyadn.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Im Zeitraum vom 13. bis 19. Mai wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR die grundlegenden Anstrengungen auf die Durchführung von komplexen taktischen Truppenübungen von Panzergrenadier-, Panzer- und Artillerieeinheiten gerichtet, die auf die Vervollkommnung der Fertigkeiten bei Verteidigungskämpfen unter Bedingungen unmittelbaren Kontakts mit dem Gegner abzielen.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung 36-mal verletzt. Zum Beschuss des Territoriums der Republik wurden Artillerie, Panzer, Mörser verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche** das Regime der Feueinstellung **324-mal** verletzt und auf das Territorium der Republik 2146 Mörser-, Panzer-, Artillerie- und Mehrfachraketenwerfergeschosse abgefeuert.

31 Ortschaften der Republik wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen:

Golmowskij, Sajzewo, Gorlowka, Michajlowka, Dolomitnoje, Werchnetorezkoje, Oserjanowka, Schirokaja Balka, Signalnoje, Shelesnaja Balka, Krutaja Balka, Shabitschewo, Jasinowataja, Wasiljewka, Jakowlewka, Mineralnoje, Spartak, Luganskoje, Jasnoje, Dokutschajewsk, Saitschenko, Nabereshnoje, Sosnowskoje, Kominternowo, Nikolajewka, Leninskoje, Oktjabrj, Dsershinskoje, Sachanka, das Gebiet des Flughafens, der Petrowskij- und der Kirowskij-Bezirk von Donezk, in denen 67 Häuser beschädigt wurden.

Die **Verluste unter den Soldaten** der Streitkräfte der DVR betragen **zwei Tote und fünf Verletzte**.

Die ukrainische Seite beschießt weiter friedliche Stadtviertel unserer Republik. Insgesamt wurden in der letzten Woche durch Beschuss von Seiten der Ukraine **zwei Zivilisten getötet und sechs verletzt**.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verlegt weiter schwere Waffen an die Kontaktlinie. Das Fehlen von schweren Waffen an den Lagerorten wird täglich in den Berichten der OSZE-Mission festgehalten. Insgesamt haben die Vertreter der Mission in der letzten Woche das Fehlen 73 schweren Waffen der ukrainischen Streitkräfte bemerkt:

- 8 152mm-Haubitzen „Akazija“;
- 7 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;
- 25 152mm-Haubitzen „Msta-B“;
- 4 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“;
- 1 122mm-Artilleriegeschütz „Gwodika“;
- 6 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;
- 8 85mm-Geschütze „D-44“;
- 14 Panzer.

Die ukrainischen faschistischen Truppen sind von der Taktik von theatralischen Inszenierungen von Schlägen für die Massenmedien zur direkten Vernichtung der Zivilbevölkerung und der Infrastruktur der frontnahen Territorien übergegangen.

So ist ein **provokativer Beschuss von Awdejewka**, der am 13. Mai von Einheiten der „Rechten Sektors“ durchgeführt wurde und als weitere Theatervorführung für die Massenmedien geplant war, in **vorsätzlichen Mord an vier friedlichen Bürgern**

übergegangen. Die Schuld an deren Tod versucht die Ukraine jetzt aktiv unserer Republik zuzuschieben. Dabei wird die Tatsache, dass dieser Beschuss vom Territorium der Ukraine aus erfolgte, auch von einer Untersuchung bestätigt, die von einer der unabhängigen internationalen Rechtsschutzorganisationen durchgeführt wurde und von dieser in nächster Zeit der Öffentlichkeit übergeben wird.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine hat einfach nicht genug Mut, die Schuld gegenüber ihren Bürgern einzugestehen. Stattdessen suggerieren sie über von ihnen kontrollierte Massenmedien, dass die Truppen unserer Republik an diesen Grausamkeiten beteiligt seien. Aber selbst dabei ist die fehlende Abstimmung zwischen Militärs und Politikern der Ukraine zu sehen, die dazu führt, dass die ersteren am Morgen des 16. Mai eine Vorwärtsbewegung unserer Truppen um 400m in die „graue Zone“ behaupteten und die letzteren am Abend diese Erklärung dementierten.

Daneben führen die ukrainischen Streitkräfte, während sie sich hinter solchen Erklärungen verstecken, intensiven Beschuss von Wohngebieten, von Ortschaften, lebenswichtigen Objekten der Republik und unseren Positionen mit Artillerie und Mörsern durch. So hat der Gegner im Verlauf der letzten Woche **mehrfach zielgerichtet Stromleitungen beschossen**, dadurch hatten die Einwohner von Golmowskij, Krasnyj Partisan, Dokutschajewsk, Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje, Sachanka, Dsershinskoje keinen Strom.

Außerdem geht der **Beschuss von Wasserversorgungsobjekten** weiter, darunter die Donezker Filterstation. So waren die Mitarbeiter der Station aufgrund des Feuers der ukrainischen Truppen gezwungen, die Arbeitsschicht im Schutzraum zu verbringen.

Außerdem wurde die Pumpstation in Telmanowo beschossen, bei der die Stromversorgung unterbrochen wurde, so dass der gesamte Telmanowo-Bezirk kein Trinkwasser hatte.

Um ihre verbrecherische Aktivität zu verheimlichen, unternehmen die ukrainischen Truppen Versuche einer Informationsblockade des Territoriums der Republik. Ein Zeugnis dafür ist der zielgerichtete **Artillerieschlag auf die Fernsehstation von Telmanowo**. Die Stilllegung dieses Objekts ist eine Erfüllung des Programms des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine zur Blockade alternativer Informationsquellen, die den von Kiew kontrollierten Territorien ein reales Bild der Ereignisse im Donbass vermitteln.

Die Heranziehung von Vertretern nationalistischer Bewegungen zur Erfüllung von Aufgaben, die Gemeinheit und Unmenschlichkeit erfordern, ist für die Streitkräfte und die Nationalgarde der Ukraine zu Normalität geworden.

Die Säuberung von Ortschaften auf von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten und von Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte von für das Regime unerwünschten Menschen führen Kämpfer von „Asow“ durch, und provokative Beschüsse auf Awdejewka führen Mitglieder des „Rechten Sektors“ durch, die jetzt die Strafmanschaften der 55. Artilleriebrigade stellen.

Nationalistische Zusammenhänge drängen sich durch die Erfüllung von Aufgaben aktiv in das Kommando von Verbänden und Truppenteilen und werden auf jede Weise durch Karrieresprünge und materielle Belohnungen für die Soldaten ermutigt.

Die Ukraine wendet all ihre Aufmerksamkeit den gegenüber dem Regime treuen Nationalisten zu und vergisst dabei die übrigen Soldaten. Sie erinnert sich nur dann an sie, wenn die Briefkästen der Militärstaatsanwaltschaft und der Apparat des Präsidenten mit Beschwerden von Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade und der 30. mechanisierten Brigade über die niedrige materielle und technische Ausstattung und mit Beschwerden von friedlichen Bürgern Mariupols über die Plünderungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte vollgestopft sind.

Um Spannungsherde zu beseitigen, schickt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte eilig Kommissionen, die Ergebnisse von deren Kontrollen werden sorgfältig verheimlicht.

Von unseren Quellen haben wir die Akten über Kontrollen einer komplexen Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte erhalten, die aufgrund der Ergebnisse der Arbeit der 36. Marineinfanteriebrigade und der 30. mechanisierten Brigade vom 10. bis 17. Mai

erstellt wurden und in denen von der mangelhaften Ausstattung der überprüften Verbände, vom Fehlen einer erheblichen Menge von Munition und Militäreigentum die Rede ist.

Die entdeckten Fehlbestände in beiden Verbänden sind:

Die Ausstattung mit Personal beträgt in der 36. Marineinfanteriebrigade 69%, bei Offizieren 76%, in der 30. mechanisierten Brigade 59%, bei Offizieren 58%.

Der gesamte Fehlbestand beim Dienst für Treibstoffe beträgt mehr als 24 Tonnen Benzin der Marke AI-92, fast 37 Tonnen Dieseltreibstoff sowie 3 Tonnen Motorenöl.

- Beim Lebensmitteldienst – mehr als 2 Tonnen Speisefett und 6 Tonnen Fleisch.
- Beim Kleidungsdienst – 900 Sätze Winterausrüstung und 800 Sätze Sommerausrüstung.
- Beim Dienst für Raketenartilleriewaffen – fast 2500 152mm-Geschosse, mehr als 2000 122mm-Geschosse, 1500 Sätze schussichere Westen und fast 1000 Helme.
- Beim medizinischen Dienst – mehr als 1000 Injektionsspritzen für Betäubungsmittellösungen für individuelle Apotheken.

Insgesamt gibt es einen Gesamtschaden von mehr als 70 Mio. Griwna.

Außerdem hat die Kommission Empfehlungen abgegeben:

- „... 1. Die Kommandeure von Truppenteilen sollen für die Dauer der Ermittlungen aufgrund von dienstlichen Versäumnissen und geringer Kontrolle ihrer Ämter enthoben werden.
2. Es soll eine dienstliche Ermittlung durchgeführt werden, deren Ergebnisse den Organen der Militärstaatsanwaltschaft übergeben werden, damit Strafverfahren eröffnet und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können...“.

Und dies in der 36. Marineinfanteriebrigade, einer der besten Verbände, wie der Stab der ATO erklärt? Was geht dann in anderen sogenannten „Elite“truppenteilen vor?

Wir entdecken weiter Fälle von totalem Alkoholmissbrauch in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte. Unter anderem wurden im Verlauf einer kürzlich erfolgten Überprüfung durch den stellvertretenden Leiter des Antiterroristischen Zentrums beim Sicherheitsdienst der Ukraine vier Fälle von Alkoholmissbrauch in den Einheiten der 53. mechanisierten Brigade entdeckt. Es ist wichtig anzumerken, dass das Personal der Brigade vom Eintreffen der Kommission wusste, aber das hat die Soldaten nicht vom Alkoholmissbrauch abgehalten. Dabei wurden nach der offiziellen Statistik in diesem Truppenteil seit Anfang 2017 mehr als 40 Fälle von Trunkenheit festgestellt, die übrigen konnte das Kommando verheimlichen. Im Verlauf der Ermittlung wurde von der Kommission festgestellt, dass die **hauptsächlichen Verluste unter den ukrainischen Soldaten**, dies sind 32% der Gesamtzahl der Toten und Verletzten, bei der Durchführung von dienstlichen Verpflichtungen **im betrunkenen Zustand** erfolgen. Um diese Fakten von massenhaftem Alkoholmissbrauch und als Folge den Tod von Soldaten zu verheimlichen, werden diese tragischen Fälle vom Kommando auf angeblichen Beschuss der Streitkräfte der DVR geschoben.

Die Kommission ist zu dem Schluss gekommen, dass die Kommandeure verstärkt zur Verantwortung gezogen werden müssen. Und mit der Aufdeckung von Fällen von Alkoholmissbrauch in den Truppenteilen werden sich Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine befassen, die ein eingespieltes Informantennetz nutzen.

Außerdem geht der Betrug von Verwandten von Soldaten, die Dienst in der „ATO“-Zone tun, weiter.

Nach uns vorliegenden Informationen hat sich die Schwester eines der Soldaten, die, wie wir zuvor berichtet haben, in die Liste der Vermissten aufgenommen und geheim bei Krasnogorowka beerdigt wurden, an das Kommando der 72. mechanisierten Brigade gewandt und darum gebeten, den genauen Begräbnisort zu nennen. Aber „nicht Gleichgültige“ aus dem Stab dieses Truppenteils haben vorgeschlagen, bei der Lösung dieses Problems gegen eine Zahlung von 10.000 Griwna Unterstützung zu leisten.

Doch dieser Fall von Profit am Blut und der Gesundheit von Menschen ist kein Einzelfall in der „ATO“-Zone. **Die Kommandos von Verbänden haben ein Geschäft mit dem Leben ihrer Helden aufgebaut.**

So schwanken im Stab der 72. mechanisierten Brigade die Tarife zwischen 5000 und 15.000 Griwna, in der 36. Marineinfanteriebrigade 10.000 Griwna und bei dem am besten ausgestatteten „Asow“ ab 20.000 Griwna.

Der plakative Kampf der Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine gegen die Korruption bringt keine Ergebnisse und die Ernennung des neuen Militärstaatsanwalts für die „ATO“-Zone Oberst Senjuk, der übrigens ein bereits bekannter Korruptionär ist, wird diese Situation nicht zum Besseren wenden, wahrscheinlich werden die Tarife eher steigen.

Gesondert möchte ich auf die Einberufung von Offizieren eingehen, die die militärischen Lehreinheiten ziviler Hochschulen der Ukraine abgeschlossen haben.

Die herausgegebene Information, dass sie nur auf eigenen Wunsch in der „ATO“-Zone Dienst tun werden, entspricht nicht der Wirklichkeit. Gemäß den Erlassen des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, die wir durch unsere Aufklärung erhalten haben, werden 1435 Reserveoffiziere einberufen. Außerdem wird in dem Dokument den Kommandeuren der Truppenteile, in denen die genannten Offiziere eintreffen werden, die Aufgabe gestellt: „... um Funktionen in den zur Erfüllung von Aufgaben in der Zone der Durchführung der antiterroristischen Operation herangezogenen Verbänden und Truppenteilen zu besetzen, die von Soldaten des Unteroffizierspersonals ausgefüllt werden... fordere ich von den Kommandeuren aller Ebenen, dass sie aktive Aufklärungsarbeit mit Offizieren, die aus der Reserve einberufen werden, durchführen, damit sie im weiteren Dienst in der „ATO“-Zone tun...“.

Hauptziel dieser großen Vorgesetzten ist es, unerträgliche Bedingungen zu schaffen, bei denen ein Offizier nur noch den Ausweg hat, einen Vertrag zu unterschreiben und die „ATO“-Zone zu gehen.

Das ist keine „antiterroristische Operation“ - dies ist ein gewöhnlicher Markt, auf dem alles gestohlen und verkauft wird, aber die Menschen, seien es Zivilisten oder Militärs, nur Verbrauchsmaterial zur Erzielung von Profiten sind.

de.sputniknews.com: Vault-7: Wikileaks veröffentlicht neue CIA-Spionage-Tools
WikiLeaks hat am Freitag einen neuen Teil der „Vault-7“-Geheimdaten des US-Geheimdienstes CIA veröffentlicht. Das teilte die Enthüllungsplattform auf Twitter mit. Der neue Teil soll demnach das CIA-Projekt unter der Bezeichnung „Athena“ enthalten. Wie es auch heißt, sollen mithilfe dieses Programms Systeme ferneingestellt, diverse hochspezialisierte Schadprogramme auf Computern installiert und von dort aus die gehackten Daten übermittelt worden sein.

Das auf der Microsoft-Software basierende Programm soll die CIA unter Mitwirkung des US-Unternehmens „Siege Technologies“ entwickelt haben.

Zuletzt hatte WikiLeaks am 12. Mai die beiden neuen Spionage-Tools der CIA unter den Namen „AfterMidnight“ und „Assassin“ publik gemacht.

Am 7. März hatte die Enthüllungsplattform WikiLeaks unter dem Codenamen „Vault-7“ mehr als 8.700 geheime CIA-Dokumente aus einem Hochsicherheits-Netzwerk veröffentlicht, die einen Überblick über das geheime Hacking-Arsenal der CIA enthielten, welches das gezielte Nutzen von Schwachstellen in Systemen (sogenannte Zero-Day-Exploits) ermöglichte. Mit diesen Mitteln könnten auch private iPhones von Apple, Android-Geräte, Windows-Rechner und sogar Fernseher angegriffen werden.

Ukrinform.ua: Hrojsman: Ukraine wird Bau der Nord Stream-2 nicht zulassen.

Die Ukraine werde alle Maßnahmen ergreifen, um den Bau von jeglichen Gas-Projekten nicht zuzulassen, die „rein politischen Charakter“ haben und die nationale Sicherheit bedrohen, erklärte während der Fragestunde an die Regierung der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman.

„Ich möchte betonen, dass das Thema des Gastransportsystems eine unserer Prioritäten ist.

Jetzt findet in Stockholm der Prozess statt und seine Ergebnisse werden Auswirkung auf unsere Pläne bezüglich der Verwaltung des Gastransportsystems haben. Wir werden unsere nationalen Interessen verteidigen, aber dies betrifft auch die Sicherheit der Gaslieferungen nach Europa, die Diversifizierung der Transportwege“, sagte Hrojsman. Gerade deshalb werde die Ukraine ihm zufolge alle Maßnahmen treffen, um den Bau der Erdgas-Projekte zu verhindern, die „rein politischen Charakter“ haben. „Solche Projekte bedrohen auch die nationale Sicherheit der Ukraine und der Länder Europas“, sagte der ukrainische Regierungschef.

Lug-info.com: Ein **Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der LVR**, der in den Geheimdienstapparat der Hauptabteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) im sogenannten „Lugansker Oblast“ eingedrungen ist, **hat Terrorakte auf dem Territorium der Republik verhindert**. Dies teilte der Pressedienst des MfS der LVR mit.

„Unter der Legende eines Soldaten der Volksmiliz der LVR hat ein operativer Mitarbeiter des MfS das Programm der ukrainischen Spezialdienste „Du wirst zu Hause erwartet“ genutzt und über einige Monate hinweg direkt mit Mitarbeitern des SBU kommuniziert und Beweise für die Anwendung von kriminellen Arbeitsmethoden erhalten. Im Ergebnis des „operativen Experiments“ ist es gelungen, einige Leben zu retten und eine Reiheder von Spezialdiensten der Ukraine geplanten Terrorakten auf dem Territorium der Republik zu verhindern“, heißt es in der Mitteilung.

„Ich bin nach Sewerodonezk zur Hauptabteilung des SBU des „Lugansker Oblast“ gefahren – wir wussten sehr gut, an welchen Informationen sie interessiert sind – und als ich unmittelbar in der Hauptabteilung eintraf, habe ich mich an einen der Mitarbeiter gewandt und ihn gebeten, am Programm „Du wirst Zuhause erwartet“ teilnehmen zu können“, berichtete der Agent.

„Wir haben von ihnen ernsthafte Überprüfungen erwartet, Lügendetektoren, und wir waren darauf vorbereitet, aber es reicht einfach seinen „Patriotismus“ und seine „Liebe“ zum ukrainischen Faschismus zu zeigen, um zu beginnen mit ihnen zusammenzuarbeiten, ohne irgendwelche zusätzlichen Überprüfungen“, sagte der Mitarbeiter der Staatssicherheit. Seine erste Aufgabe war es, einen Soldaten der Volksmiliz der LVR zusammenzuschlagen und seine Dokumente mitzunehmen. Bei der Überprüfung erwies es sich, dass dieser Mensch kein Soldat war, sondern ein Unternehmer, der sich geweigert hatte den Kiewer Soldaten Abgaben zu zahlen. Es wurde eine Inszenierung durchgeführt und ein „getürkter Bericht“ der getanen Arbeit abgeschickt.

Danach gab der SBU den Auftrag, Informationen militärischen Charakters zu sammeln, der auch „erfolgreich“ erfüllt wurde.

Die letzte Aufgabe, die der Mitarbeiter des MfS erhielt, um endlich „nach Hause zurückzukehren“ war „recht hart“ - der SBU forderte, ein Fahrzeug eines hochgestellten Mitarbeiters des MfS der Republik zu sprengen.

„Ich erhielt einen selbstgemachten Sprengsatz und ein Telefon. An dem Sprengsatz war nichts Ungewöhnliches, aber das Telefon erweckte Verdacht – es war teuer, ein Smartphone. Wir haben es unseren Spezialisten zur Untersuchung übergeben. Und es war tatsächlich ungewöhnlich – unsere Sprengtechniker entdeckten, dass nach der Detonation des Fahrzeugs ein Sprengsatz im Telefon auch mich liquidieren sollte“, sagte der „Angeworbene“.

„Das Experiment weiterzuführen war nicht zielführend, uns wurde klar, dass das Programm „Du wirst zu Hause erwartet“ in keiner Weise die Interessen der Bürger verfolgt, sondern vom SBU zur Durchführung von terroristischen Aktivitäten auf den Territorien unserer Volksrepubliken genutzt wird“, fasste das MfS der LVR zusammen.

de.sputniknews.com: Kiew liebäugelt mit möglichen Kohleimporten aus USA und Kasachstan Die Ukraine erwägt die Möglichkeit, neben dem Kauf von Kohle in der Republik Südafrika

diesen Brennstoff auch aus den USA und Kasachstan zu importieren, wie der ukrainische Energieminister Igor Nassalik mitteilte.

Ihm zufolge geht es dabei um drei Lieferländer: die Republik Südafrika mit dem Kohleterminal Richards-Bay und den Unternehmen DTEC und Tecnova sowie um Kasachstan und die USA. „Uns wurde bestätigt, dass eine Arbeitsgruppe zur Gewährleistung von Anthrazit-Lieferungen aus den USA am 23. Mai kommen wird“, sagte der Minister im Rahmen einer „Regierungssprechstunde“ im ukrainischen Parlament.

Ukrainische Radikale hatten im Januar 2017 die Kohlelieferungen aus der Region Donbass blockiert, weshalb die Behörden in Kiew am 17. Februar den Verbrauch von Anthrazitkohle durch Wärmekraftwerke reduzierten und geregelte Stromabschaltungen anordneten.

Im Jahr 2016 hatte die Ukraine 566.700 Tonnen Steinkohle aus Russland und 366,6 Tonnen aus der Republik Südafrika bezogen. Vor dem Hintergrund der andauernden Handelsblockade der Region Donbass ist Russland im ersten Quartal 2017 der größte Kohlelieferant für die Ukraine gewesen.

Laut den Plänen der Ukraine sollen die Anthrazitkohle-Lieferungen aus dem abtrünnigen Donbass durch Importe aus Südafrika ersetzt werden. Wie Nassalik sagte, haben die meisten Stromerzeuger schon Vorbereitungen für den Import von Anthrazitkohle aus Südafrika gestartet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31581/14/315811460.jpg>

ukrinform.ua: Notstandsmaßnahmen im Energiesektor werden bis Mitte September bleiben. Die Notstandsmaßnahmen im Energiebereich, die ermöglichen, den Verbrauch von Anthrazitkohle erheblich zu verringern, können bis Mitte September andauern, sagte während der Fragestunde an die Regierung der Energieminister der Ukraine, Igor Nasalik.

„Jetzt wurden die Notstandsmaßnahmen im Energie-Bereich und beim Kohleverbrauch der Anthrazitgruppe verlängert: der Verbrauch liegt bei 3 500 bis 4 000 Tonnen pro Tag, während es früher 22 000 bis 25 000 Tonnen pro Tag waren. Diese Situation wird bis Mitte September bleiben, was uns ermöglicht, Kohle der Anthrazitgruppe anzukaufen“, sagte Nasalik.

Ihm zufolge sind die notwendigen Kohlevorräte in diesem Jahr um das zweifache geringer als im letzten Jahr.

Lug-info.com: Mitarbeiter des Staatssicherheitsministeriums der LVR haben **in Lugansk Diversanten festgenommen**, die des Mordes von Offizieren der Volksmiliz und des Innenministeriums der Republik und der Vorbereitung von Terrorakten auf kritisch wichtige Infrastrukturobjekte verdächtigt werden. Dies teilte heute der Staatssicherheitsminister Leonid Pasetschnik mit.

„Vom Ministerium für Staatssicherheit wurde ein weiteres Geheimdienstnetz aufgedeckt. In

Lugansk wurde eine Diversions- und Erkundungsgruppe des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) festgenommen, deren Opfer zwei Offiziere der LVR sind, und die eine sorgfältige Vorbereitung zur Durchführung einiger Terrorakte auf kritisch wichtige Infrastrukturobjekte der LVR durchgeführt haben“, sagte er.

„Die Terrorgruppe war unter Leitung des uns schon bekannten Leiter einer Abteilung des 8. Regiments der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte, Major Pawel Balow, tätig, der auf dem Territorium der Ukraine Wassilij Sapronow angeworben hat. Er hatte die Aufgabe, eine Diversionsgruppe aus Einwohnern des Lugansker Landes zu bilden“, sagte der Minister.

Pasetschnik merkte an, dass „nach einer Reihe von Fehlschlägen in dem terroristischen und geheimdienstlichen Netzwerk die ukrainischen Spezialdienste begonnen haben, den Akzent auf die Verwendung vor allem von Einwohnern des Lugansker Landes auf beiden Seiten der Kontaktlinie als „Verbrauchsmaterial“ zu legen.

„Wassilij Sapronow (Codename „Chaus“) durchlief eine Ausbildung zur Organisation von terroristischen Aktivitäten unter Leitung von Instruktoren des SBU und wurde zur Durchführung von Spezialoperationen in die LVR geschickt. Die Wahl der Ziele, die Finanzierung, die operative Verbindung und die Abstimmung von Plänen für Operationen erfolgten unmittelbar durch Balow“, sagte der Minister.

„Zu den Aufgaben dieser Terrorgruppe gehörte die Entführung, Liquidierung von Soldaten, von gesellschaftlichen und politischen Aktivisten sowie die Durchführung von Terrorakten auf strategisch wichtige Infrastrukturobjekte. Außerdem versuchten die Diversanten unter Nutzung des Geheimdienstnetzes der ukrainischen Spezialdienste, Herde der Instabilität in großen Unternehmen zu schaffen, vor allem in denen, die unter äußere Leitung gestellt wurden“, sagte er.

„Das in der Ukraine herrschende Regime ist zum Terror als grundlegender Strategie im Krieg gegen die Republiken des Donbass auf allen Ebenen übergegangen – von der physischen Beseitigung von gesellschaftlichen und politischen Führern, der Durchführung von Terrorakten auf Infrastrukturobjekte bis zur Organisation ökonomischer Sabotage. Der offene Krieg und verschiedene Arten von Blockaden haben sich als nicht nachhaltig erwiesen, deshalb war die Kiewer Regierung gezwungen die rote Linie zu überschreiten und zu versuchen, mit beliebigen Wegen und Mitteln die Situation im Donbass von innen zur Explosion zu bringen oder wenigstens zu destabilisieren“, erklärte Pasetschnik.

„Während internationale Organisationen immer aktiver vom Kiewer Regime eine reale Erfüllung der Minsker Vereinbarungen fordern, schafft es den Anschein eines militärischen Waffenstillstands, um die terroristische Front heftig zu verstärken, einen geheimen Terrorkrieg im Rang staatlicher Politik zu führen und die friedlichen Einwohner des Lugansker Landes als „Verbrauchsmaterial“ zu verwenden“, unterstrich er.

de.sputniknews.com: McLaren gibt zu: Kein staatlich unterstütztes Doping in Russland
Der Chef der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), Richard McLaren, hat zugegeben, dass es in Russland kein staatlich unterstütztes Doping-System gibt. Das sagte der Chef der unabhängigen Anti-Doping-Kommission, Witali Smirnow, am Freitag nach den Gesprächen mit McLaren.

„Zunächst gab es Forderungen, den Bericht eindeutig zu akzeptieren“, erzählt Smirnow. Doch im Laufe der knapp dreistündigen Gespräche gab McLaren doch zu, dass die staatlichen Behörden in Russland die Nutzung von verbotenen Medikamenten bei den Sportlern nicht unterstützten. „Dies widerspricht ja dem Geist unseres Landes“, so Smirnow. „Sie (WADA – Anm. der Red.) haben das endlich auch selbst begriffen“, so Smirnow.

Die WADA hatte die RUSADA im November 2015 für nicht regelkonform erklärt. Demnach durfte die Agentur keine eigenen Dopingtests mehr durchführen. Am 18. Mai gab die WADA vier Punkte bekannt, die die RUSADA verbessern soll, um ihren Status wiederherzustellen.

Eine der Forderungen war der Rücktritt der Vorsitzenden des Aufsichtsrates der RUSADA, der Olympiasiegerin Jelena Issinbajewa. Sie soll aber Mitglied des Aufsichtsrates bleiben. Der kanadische Anwalt Richard McLaren hatte im vergangenen Dezember den zweiten Teil seiner Ermittlungen im Auftrag der WADA vorgestellt. Demnach sollen in Russland zwischen 2011 und 2015 über 1000 Sportler von Doping-Vertuschungen profitiert haben, darunter bei den Olympischen Spielen 2014 in Sotschi.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberst Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung zweimal verletzt. Die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von Kalinowo und Kalinowka wurden beschossen. Zum Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 82mm und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden 36 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen das **Regime der Feueereinstellung 32-mal verletzt.** Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen. Dabei wurden auch von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser verwendet sowie Schützenpanzer, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen. Insgesamt wurden 936 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Losowoje, Sansharowka, Kalinowo, Pewomajsk, Almasnaja, Frunse, Donezkij, Shelobok, Sokolniki.**

In der letzten Woche wurde in den Berichten der OSZE-Mission das Fehlen von folgender Technik in den Lagerorten festgehalten:

- 15 Mehrfachraketenwerfer „Grad“,
- 10 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“,
- 12 122mm-Haubitzen „Gwosdika“,
- 8 122mm-Haubitzen D-30,
- 25 120mm-Mörser,
- 12 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“,
- 36 Panzer T-64 und T-72.

Wir sind überzeugt, dass mit diesen Waffen die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte regelmäßig das Territorium der LVR beschießen.

Auf dem Territorium der LVR herrscht **weiter eine angespannte Lage** im Zusammenhang mit der Aktivität ukrainischer **Diversions- und Erkundungsgruppen** und einer möglichen Vorbereitung von Diversionsaktivitäten in Bezug auf Infrastrukturobjekte der Republik unter Nutzung von Sprengsätzen und anderen Waffen.

In der letzten Woche haben Einheiten der Volksmiliz bei Kontrollmaßnahmen im Gebiet von Sokolniki in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie ein **Waffen- und Munitionslager entdeckt**, dass von ukrainischen Spezialoperationskräften eingerichtet wurde.

In dem Lager wurden einige Flammenwerfer, Antipanzermine, Handgranaten, Munition für Granatwerfer sowie mehr als 4000 Patronen der Kaliber 5,45 und 7,62 mm gefunden.

Wir nehmen an, dass das gefundene Waffenversteck für die Durchführung weiterer Anschläge auf dem Territorium der LVR genutzt werden sollte.

de.sputniknews.com: „Antwort auf Offensive“ - US-Koalition attackiert regierungstreue Kräfte in Syrien

Der Konvoi, der von den Fliegerkräften der US-geführten internationalen Koalition im syrischen Bezirk Al-Tanf angegriffen wurde, gehört zu den regierungstreuen Kräften, wie ein namentlich nicht genannter Gesprächspartner gegenüber Sputnik bestätigte.

Der Konvoi bestand aus fünf T-62-Panzern, einem mobilen Flugabwehrpanzer und mehreren Fahrzeugen mit Allradantrieb.

Die Kampffjets der Koalition waren von Jordanien aus in sehr geringer Höhe in den syrischen Luftraum eingeflogen, hatten mehrere Warnschüsse abgegeben und Raketen gegen die Kolonne abgefeuert. Dabei wurden zwei Panzer, der Flugabwehrpanzer und andere Fahrzeuge beschädigt.

Laut dem Gesprächspartner der Agentur stiegen die Koalitions-Flugzeuge beim Erwidern einer 23-mm-Kanone in die Höhe und wurden auf Radaren des 16. Regiments S-200 im Raum von Al Damir gesichtet. Als syrische Raketen zum Einsatz gekommen seien, hätten die Flugzeuge den syrischen Luftraum sofort verlassen, hieß es. Nach Angaben des Gesprächspartners sind bei dem Angriff der Koalitionskräfte sechs Soldaten getötet und drei verletzt worden.

Wie Reuters unter Berufung auf einen US-Beamten meldet, wurde der Schlag als Antwort auf eine Offensive der Damaskus-Sympathisanten auf die von den USA unterstützten Oppositionskräfte geführt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31581/30/315813027.jpg>

de.sputniknews.com: Lawrow kommentiert Koalitionsschlag gegen syrische Armee
Der Angriff der von den USA angeführten Anti-IS-Koalition ist verfassungswidrig und verletzt die Souveränität Syriens, wie am Freitag Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärte.

Was auch der Grund für die Entscheidung des US-Kommandos war, solch einen Angriff zu führen, so ist er illegitim, verfassungswidrig und eine weitere grobe Verletzung der Souveränität der Arabischen Republik Syrien“, sagte Lawrow vor Journalisten.

Laut dem Diplomaten hat Washington versucht, die Attacke dadurch zu rechtfertigen, dass „diese Regierungskräfte eine Bedrohung für die Opposition schufen, die mit amerikanischen Militärs aus der Koalition zusammenarbeitet“.

Die US-Koalition hatte laut dem Pentagon am Donnerstag im Raum Ar Tanf in den Grenzen einer festgelegten Deeskalationszone einen Luftangriff gegen Stellungen regierungstreuer Truppen in Syrien geführt. Angeblich sollen diese Kräfte eine Bedrohung für die Kräfte der syrischen Opposition dargestellt haben.

Dan-news.info: „Um 12:00 Uhr am 19.5. waren die Arbeiten zur Beseitigung der Folgen des Artilleriebeschusses von Jasinowataja beendet. Ebenfalls wurden am 19. Mai von Donbassgas die Folgen des Artilleriebeschusses in Kominternowo beseitigt und die Gasversorgung von 15 Häusern des privaten Sektors wieder in Betrieb genommen“, teilte Donbassgas mit. Noch vier Verbraucher in der Pobeda-Straße haben kein Gas, weil der Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen wieder aufgenommen wurde.

Abends:

de.sputniknews.com: Assange bezeichnet Beschluss schwedischer Justiz als „wichtigen Sieg“
WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat die Entscheidung der schwedischen Justiz, die Ermittlungen gegen ihn einzustellen, als einen „großen Sieg“ bezeichnet. „Aber das ist bei weitem noch kein Ende des Weges“, sagte der 45-jährige Australier am Freitag auf einer Pressekonferenz, die er vom Balkon der ecuadorianischen Botschaft in London gab.

„Das war heute ein wichtiger Sieg für mich. Aber das ist erst der Anfang des Weges. Der richtige Krieg steht noch bevor“, sagte Assange. Das sei auch ein Sieg für das Menschenrechtssystem der UN. „Festnahmen und Auslieferungen ohne Anschuldigung sind bereits zu einer Besonderheit der Europäischen Union geworden. Zivilisierte Länder dürfen sich so nicht verhalten“, kritisierte Assange.

Nach Einstellung der schwedischen Ermittlungen gegen Assange hatte Ecuador freies Geleit gefordert, damit der Wikileaks-Gründer die Botschaft in London verlassen kann. „Der europäische Haftbefehl gilt nicht länger“, teilte Außenminister Guillaume Long am Freitag in Quito nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur mit.

Das Vereinigte Königreich müsse Julian Assange nun eine sichere Passage garantieren. Long kritisierte, dass die schwedische Staatsanwaltschaft über vier Jahre gebraucht habe, das Angebot anzunehmen, Assange in der Botschaft zu befragen.

Der Wikileaks-Gründer muss offensichtlich nicht mehr die Auslieferung nach Schweden befürchten, dennoch droht ihm weiter die Festnahme. Die britische Polizei kündigte umgehend an, den Enthüllungsaktivisten festzunehmen, sobald er Ecuadors Botschaft in London verlasse. Der Australier lebt seit 2012 im selbstgewählten Exil in der Botschaft, um einer Auslieferung zu entgehen. Damit war Assange zunächst aber noch kein freier Mann. Zuvor hatte die schwedische Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen den 45-Jährigen wegen Vergewaltigungsvorwürfen eingestellt. „Wir sehen keine Möglichkeiten, die Ermittlungen weiter voranzubringen“, wurde Anklägerin Marianne Ny in Stockholm von der dpa zitiert. Sie betonte zugleich: „Wir treffen keine Aussagen zur Schuld.“

„Ich vergebe und vergesse nicht“, hatte Assange am Freitag auf Twitter geschrieben. „Sieben Jahre lang ohne Anklage festgehalten (...), während meine Kinder groß geworden sind und mein Name verleumdet wurde.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31581/43/315814339.jpg>